

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Reinhard Scheibe MdL zur Lage nach dem Hasselmann-Rücktritt: Niedersachsen braucht jetzt den demokratischen Wechsel.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL zur Herausforderung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel: Wilhelm ante portas.

Seite 2

Dr. Liesel Hartenstein MdB zur morgigen Debatte über den vierten Immissionschutzbericht der Bundesregierung: Kfz-Abgase sind die Hauptsünder.

Seite 3

Wilhelm Schmidt MdB zur Notwendigkeit, jungen Menschen die Möglichkeit der Partizipation zu geben: Die Distanz zwischen Politik und Jugend überwinden.

Seite 5

43. Jahrgang / 206

26. Oktober 1988

Niedersachsen braucht jetzt den demokratischen Wechsel

Zur Lage nach dem Hasselmann-Rücktritt

Von Reinhard Scheibe MdL
Geschäftsführer der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Herr Hasselmann hat sich gestern dem Druck der Verhältnisse beugen müssen. Mit seinem Rücktritt sind die Skandale, in die die Landesregierung verwickelt ist, dennoch nicht aus der Welt. Zu schwer wiegen die Vorwürfe gegen die Regierung, die immer noch einer restlosen Aufklärung bedürfen.

Die politische Verantwortung für die Skandale um das „Celler Loch“, um verfassungswidrige Aktionen von Polizei- und Verfassungsschutzbeamten und in Sachen Spielbanken trägt der Ministerpräsident.

Selbst nach dem Rücktritt Hasselmanns ist Albrecht jedoch nicht fähig, diese politische Verantwortung zu erkennen. Auch jetzt gilt der Rücktritt Hasselmanns als persönliche Entscheidung, nicht als längst überfällige Konsequenz.

Auch die CDU-Fraktion meint immer noch, den Rücktritt des Innenministers auf eine Kampagne der SPD zurückführen zu müssen. Diese Regierung fällt damit immer tiefer. Sie ist nicht fähig und nicht willens, die verlorene Glaubwürdigkeit wieder herzustellen. Auch die FDP hat sich als völlig unfähig erwiesen, Konsequenzen zu fordern und durchzusetzen.

Die Handlungsfähigkeit der Regierung ist nicht wieder herzustellen. Die von der SPD angestrebten Neuwahlen sind daher die einzige Möglichkeit, den notwendigen Neuanfang in Niedersachsen zu erreichen und dem Land eine kraftvolle, moralisch integre und politisch handlungsfähige Regierung zu geben, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler getragen wird.

Niedersachsen braucht jetzt den demokratischen Wechsel.

(-/26.10.1988/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos
mit dem Sozialdemokratischen
Presse-Papier



Wilhelm ante portas

Bernhard Vogel stößt auf einen Herausforderer

Von Rudolf Scharping MdL
Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Ein wenig Platzangst hat er in diesen Tagen schon bekommen, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Dr. Bernhard Vogel. Denn er, der in den vergangenen Monaten ausgezogen war, die eigene Partei nach einer herben Wahlniederlage bei den Landtagswahlen 1987 zu „revitalisieren“, sieht sich nun einem quicklebendigen, machthungrigen Konkurrenten um das Amt des Landesvorsitzenden gegenüber. Hans-Otto Wilhelm, Umweltminister des Landes und vorher Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Landtag, hat, auch nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler und Bundesvorsitzenden seiner Partei, den Hut in den Ring geworfen, um am 11. November anzutreten gegen einen Bernhard Vogel, dem in seiner eigenen Partei zunehmend Führungs- und Entscheidungsschwäche, Perspektivlosigkeit und Ermüdung im Amt vorgeworfen werden.

Vogel, so kritisieren Parteifunktionäre, CDU-Basis und insbesondere die Junge Union unisono, verwalte die Partei nur und lasse keinerlei Konturen gegenüber dem Koalitionspartner FDP erkennen. Die eigenständige Rolle der Partei sei verkommen neben dem Machtapparat der Staatskanzlei, dort wiederum sei der Stillstand zur zentralen politischen Bewegung erklärt worden.

Nun also versucht der 48jährige Wilhelm, dem viele politische Begabung bescheinigen, dieses Vakuum zu füllen und den Vogel aus seinem Nest zu werfen. Dabei hatte sich Vogel dieses Kuckucksei selbst ins Nest geholt, als er Wilhelm 1987 als Umweltminister ins Kabinett berief. Der gewünschte Disziplinierungsversuch schlug fehl, wie sich jetzt herausstellt, der Kuckuck ist ausgewachsen und will im Nest gründlich aufräumen.

Wie auch immer die Chancen stehen mögen, das Ende des Ministerpräsidenten Vogel in Rheinland-Pfalz ist absehbar. Zu sehr nagt die bittere Wahlniederlage an ihm, zulange zögerte er mit wichtigen Personalentscheidungen. Und für die Zukunft kann er seiner Partei kaum etwas anbieten. So wird die CDU, mit Vogel oder Wilhelm an der Spitze, einer weiteren Niederlage bei den Kommunalwahlen im Juni 1989 entgegensehen. Sehenden Auges, aber im Glauben, daß es nach Vogel nur wieder besser werden kann. Ein fataler Trugschluß, denn es krankt nicht nur die Führung, die ganze Partei ist es, die nach 40 Regierungsjahren starr und verkrustet darniederliegt. Auch ein Kuckuck macht keinen Sommer.

Auf der Strecke bleibt dabei wieder einmal das Land Rheinland-Pfalz und seine Bürger. Denn während sich die CDU als Regierungspartei in den kommenden Wochen in einer nutzlosen Führungsdiskussion verzehren wird, bleiben die Probleme dieses Landes, die dringend notwendigen wirtschaftlichen Impulse und die Hilfe für die strukturschwachen Gebiete dort liegen, wo sie schon seit Monaten ruhen: in den Schubladen der Regierung.

(-/26.10.1988/rs/ks)

Kfz-Abgase sind die Hauptsünder

Zur morgigen Debatte über den vierten Immissionsschutzbericht des Bundestages

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
des Deutschen Bundestages

Totschweigen hilft genau so wenig wie Beschönigen: der Wald stirbt weiter. Schneller, als die regierungsamtlichen Zahlen es wahrhaben wollen. Der (rechnerische) Rückgang der Waldschäden um ein bis zwei Prozent ist in Wahrheit nur ein scheinbarer: da die kranken Bäume laufend herausgehauen werden, damit der Holzwert noch erhalten bleibt, und da laufend nachgeforstet wird, ergibt sich ein zu optimistisches Bild. Traurige Tatsache ist, daß die Zahlen immer schöner werden, je lichter der Wald wird. Tatsache ist auch, daß es keinen über 100 Jahre alten Baum mehr gibt, der noch gesund wäre.

Stand 1988:

- in Baden-Württemberg sind knapp 59 Prozent der Waldflächen geschädigt
- in Rheinland-Pfalz 50 Prozent
- in Bayern 57 Prozent,
- in Hessen 56 Prozent,
- in Nordrhein-Westfalen rund 40 Prozent.

Dies allein sagt noch nicht viel.

Was zählt, ist:

- daß auch Laubbäume zunehmend erkranken, insbesondere Eichen; sie zeigen in Baden-Württemberg zu 83 Prozent Schadsymptome;
- daß im Schwarzwald in Kammlagen über 800 m Waldbestände bereits abgestorben sind und das flächenhafte Absterben weitergeht (Hornigsrinde, Schliffkopf, Kandel unter anderem);
- daß der Schutzwald in den Alpen akut bedroht ist (über 80 Prozent).

Klare Ursache der Tragödie: die ständig steigenden Stickoxidemissionen. Sie kommen bundesweit zu 57 Prozent, in Süddeutschland zu 68 bis 70 Prozent aus dem Straßenverkehr. Mit 3,16 Millionen to liegen die NOx-Gesamtemissionen um sieben Prozent höher als 1983, dem Jahr, in dem die Großfeuerungsanlagen-Verordnung in Kraft trat.

Während die Schwefeldioxidemissionen, besonders aus dem Kraftwerksbereich, beträchtlich gesunken sind, hat der Anstieg der NOx-Emissionen alle Prognosen die Bundesregierung Lügen gestraft. Er hat heute einen Höchststand erreicht. Mit seltsamer Naivität stellt die Bundesregierung im 4. Immissionsschutzbericht fest, dies sei eingetreten „infolge einer unerwarteten (!) Entwicklung

beim Straßenverkehr". Die hohen Stickoxidemissionen erzeugen wiederum hohe Ozonkonzentrationen, die zum sogenannten Sommer-Smog führen. Das in der Stratosphäre unentbehrliche Ozon wirkt in Bodennähe als aggressives Reizgas, das die Bäume schädigt und auch die menschliche Gesundheit angreift (zum Beispiel Augenentzündungen). Ozon erzeugt einen doppelten negativen Klimaeffekt:

1. Es beschleunigt das Waldsterben und schwächt damit die Funktion des Waldes als Klimaregulator; denn die Wälder „verbrauchen“ auf dem Wege der Photosynthese das Treibhausgas CO₂ und entlasten dadurch die Atmosphäre;
2. es trägt selbst mit circa zehn Prozent zur Verstärkung des Treibhauseffekts bei.

Daß heute der Säuregehalt des Regens fünf bis zehn mal höher liegt als zu Beginn der Hochindustrialisierung, sollte die Größe der Gefahr hinreichend verdeutlichen. Die Hauptmasse bildet nicht mehr die Schwefelsäure, sondern die aus Umwandlungen der Stickoxide entstehende Salpetersäure.

Die Katalysatorpleite der Bundesregierung von 1985 rächt sich: von den 8,6 Millionen sogenannten schadstoffarmen Autos sind nur knapp zwei Millionen mit Dreibege-Katalysator ausgerüstet.

Reden hilft nicht, es besteht zwingender Handlungsbedarf. Die Bundesregierung ist gefordert, insbesondere im Kraftfahrzeugbereich für Emissionsminderung zu sorgen:

- Durch verbindliche Einführung des Dreibegekatalysator für Neuwagen,
- durch deutliche Steuervergünstigung für alle Wagen mit geregelter Katalysator,
- durch ein Umrüstprogramm für Altfahrzeuge mit Zuschußregelung,
- durch Einführung eines Tempolimits,
- durch Festsetzung von Abgasgrenzwerten für LKW's und Busse, die pro Jahr 480.000 to Stickoxide und 180.000 to Rußpartikel emittieren,
- durch Maßnahmen zur Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene.

Die Experten sind sich einig, daß die feuchten und kühlen Sommer der letzten Jahre Ursache dafür sind, daß keine noch dramatischere Verschlechterung eingetreten ist. Nicht auszudenken, welche verheerende Schäden ein Schönwetersommer im Wald hinterlassen würde! Nicht auszudenken auch, welche Folgen die große LKW-Invasion bei Einführung des EG-Binnenmarkts für die Wälder haben wird.

Verkehrspolitische Vernunft, das heißt der rasche Ausbau eines leistungsfähigen europäischen Schienennetzes, wäre auch umweltpolitische Vernunft.

(-/26.10.1988/rs/ks)

Die Distanz zwischen Politik und Jugend überwinden

Jungen Menschen muß die Möglichkeit der Partizipation gegeben werden

Von Wilhelm Schmidt MdB
Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages
Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion

Die Jugendpolitik hat sehr viele traditionelle Bindungen und lebt nicht unerheblich davon; kaum ein anderer Sektor unterliegt jedoch mehr dem Druck zur Innovation. In der Jugendhilfe und Jugendarbeit sind neben den Bildungs- und Erziehungsaufgaben zunehmend die Freizeitgestaltung, die Jugendsozialarbeit, die Jugendkulturarbeit sowie die jugendliche Interessenvertretung hinzuzusetzen. Dabei spielen neue Entwicklungen ebenso wie die vorherzusehenden demographischen Veränderungen eine wichtige Rolle. Die soziologischen und sozialpolitischen Aspekte mit ihren Auswirkungen erfordern intensivere Aktivitäten. Das Arbeitsleben, die Ausbildungssituation und die Freizeitmöglichkeiten haben sich stark gewandelt. Der große Einfluß der elektronischen Medien mit der Verbreitung falscher Vorbilder geht immer mehr als Grundlage für verändertes Verhalten von jungen Menschen durch: Abkehr von kollektiv normierten Lebensentwürfen und zunehmende Individualisierung sind die Folgen.

Die Auswüchse zeigen sich unter anderem durch: Abnehmende Bildungsbereitschaft, wachsende Gewalttätigkeit (einschließlich Gewalt-Medien und Gewalt-Spielzeug), zurückgehende Phantasie und Kreativität, zunehmende Zahl von Kindern aus Problemfamilien (auch Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Ausländer, Aussiedler) und aus Scheidungsfamilien, steigende Selbstmordzahlen von Jugendlichen, wachsender Umfang der Eltern- und Jugendberatung, steigende Jugend-Kriminalität und wachsender Drogenkonsum, hohe Zahl von Verkehrsopfern.

Die Trends sind im Grunde nicht neu. In den Jugendberichten der Bundesregierung (inzwischen liegt der 7. vor), in dem Bericht der Enquetekommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ (1981/83) und in mehreren Antworten auf Große Anfragen (zum Beispiel zur Situation der Kinder, zu Allergierkrankheiten und Umweltpolitik) wurde immer wieder darauf hingewiesen - allerdings, ohne daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Unrühmlichste Seite dieses Kapitels ist das Jugendhilferecht, das über viele Jahre erarbeitet, 1981 im Bundestag verabschiedet und dann vom Bundesrat aus finanziellen Gründen wieder „versenkt“ wurde.

Nun soll ein neuer Anlauf genommen werden, ein erster Referenten-Entwurf aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) liegt vor. Er hat eine ganze Reihe von Folgerungen aus den veränderten Verhältnissen abgeleitet und ist insofern prinzipiell nicht abzulehnen. Dennoch müßte das Gesetz noch um einiges ergänzt werden (insbesondere im Jugendhilfeteil und in der Jugendsozialarbeit). Keinesfalls darf die notwendige Sachdebatte aber erneut durch die Auseinandersetzung um die finanziellen Folgen überschattet werden. Es muß also gleichzeitig der Ruf nach einem adäquaten Finanzausgleich erhoben werden. Erst hierdurch können politischer Anspruch und konkrete Ausführung in Einklang gebracht werden.

Jugendpolitik ist aber noch mehr als nur Parlaments- oder Verwaltungsaktivität. Es gibt die Notwendigkeit, der Jugend durch richtige Vorbilder auch konkrete Ziele und Leitmotive zu entwickeln. Dabei muß Jugendpolitik ihre Eigenständigkeit unter Beweis stellen und sich nicht als Teil der Familienpolitik abdrängen lassen.

Dabei muß den Jugendlichen mehr als bisher die Möglichkeit zur Beteiligung/Partizipation gegeben werden (übrigens auch im neuen JH-Recht!). Die Geduld zur Hinnahme jugendlicher Utopien muß größer werden (Tagung „Zur Utopie ist's nie zu früh“ in Loccum 1985).

Im Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung einerseits und Kindern und Jugendlichen auf der anderen Seite ist zunehmend Distanz entstanden. Die gilt es, schnellstens wieder abzubauen. Konkretes, verständliches Handeln ist angezeigt, vor allem Politiker müssen auf die jungen Menschen zugehen - auch wenn dies alles sehr aufwendig ist.

Zum „Schließen der Glaubwürdigkeitslücke“ sind vor allem auch die Finanzpolitiker aufgerufen. Es nützt wenig, wenn die Jugendpolitiker/innen gute Wege beschreiten und andererseits die notwendigen Gelder nicht zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen des JH-Rechts könnte die Jugendförderung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe gestaltet werden (aber: Finanzausgleich!).

Einen Beitrag hierfür muß aber auch die Jugendpolitik selbst leisten, indem sie ihre Aktivitäten mehr in den Vordergrund rückt. Sie muß größere politische Aufmerksamkeit und damit auch größeres Interesse und „Gewicht“ erzeugen. Dabei sind manchmal auch unkonventionelle Wege ein angebrachtes Rezept.

Der besondere Bereich der Kinderpolitik ist aus meiner Erfahrung für diesen Weg sehr geeignet. Aus der Erkenntnis, daß Versäumnisse in der Entwicklung von Kindern (in Elternhaus, Schule, Kindergarten, Ausbildung) später nur selten aufholbar sind, ist kinderpolitische Arbeit objektiv bedeutsam. Ihre speziellen Anforderungen differenziert in das öffentliche Bewußtsein und in die politische Debatte zu tragen, ist noch recht neu und erregt daher immer Aufmerksamkeit. Aktivitäten auf dem Feld der Kinderpolitik haben den Charakter besonderer Glaubwürdigkeit, weil man dadurch nicht „nach Wählerstimmen“ schießt.

Diese Erkenntnisse sind die Ursprünge für das Entstehen der Kinderkommission des Bundestages. Auf der Grundlage alter Absprachen aus der 10. Legislaturperiode und langjähriger Forderungen der glücklicherweise vorhandenen Jugend- und Kinderverbände hat die SPD-Fraktion im Mai 1987 als erste der Fraktionen gehandelt und mich benannt. Die anderen folgten im Herbst 1987 und nach langen Kämpfen wurde das Gremium als Kinderkommission im Mai 1988 von der Bundestagspitze anerkannt. Hauptaufgaben sind die Kontrolle der gesetzgeberischen Arbeit auf das Vorhandensein von Inhalten, die für Kinder Nachteile enthalten, sowie eigene politische Anregungen. Die unter den vier Kinderbeauftragten verabredete Arbeitsweise stieß auf viel Widerstand und stellt an sich schon ein Stück „Parlamentsreform“ dar (Gleichwertigkeit ohne Rücksicht auf Fraktionsgröße, Einstimmigkeit für alle Kommissions-Aktionen, Tolerierung der Aktionen einzelner Kinderbeauftragter im Rahmen ihrer Fraktionsarbeit, rotierender Wechsel der Sprecherfunktion).

Durch die vielen Reaktionen von Verbänden, Eltern, Schulen und Kindern haben wir schnell gemerkt, daß die Aufgabe „mehr für Kinder zu tun“ von Bonn aus nicht allein bewältigt werden kann. Deshalb habe ich schon zum Weltkindertag im Spetember 1987 dazu aufgerufen, möglichst in jeder Stadt Kinderbeauftragte (ganz gleich nach welchem System) zu berufen. Viele Dinge sind naturgemäß auf der kommunalen Ebene zu regeln, darum wäre es im Interesse der Sache gut, ein ganzes Netzwerk entstehen zu lassen.

Aus all dem vorher Gesagten folgt für mich: „Im Interesse der Kinder und unserer gesamten staatlichen Entwicklung müssen wir mehr Politik für Kinder konkret wagen!“

(-/26.10.1988/rs/ks)

* * *